



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

19. Juni 2020
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

In den USA und weltweit: Nieder mit Rassismus und Polizeigewalt!

Der Mord an George Floyd am 25. Mai hat weltweit eine Schockwelle ausgelöst. In den USA sind seitdem Hunderttausende auf die Straße gegangen, um ihre Wut herauszuschreien. Ihre Wut über diesen kaltblütigen rassistischen Mord an einem Mann, der gefesselt am Boden lag und verzweifelt flehte, dass er keine Luft mehr bekommt. Ein Mord, der an die Barbarei der Lynchmorde und der Rassentrennung erinnert, auf deren Grundlage der Kapitalismus in den USA gegründet wurde und groß geworden ist.

Das Knie auf dem Hals von G. Floyd ist dasselbe Knie, das die Schwarzen in den USA seit langem niederdrückt. Bis heute werden sie auf allen Ebenen diskriminiert. Sie bekommen die schlechtesten Arbeitsplätze und Wohnungen, die schlechteste Bildung, die schlechteste Gesundheitsversorgung, weshalb es unter ihnen auch so besonders viele Opfer des Coronavirus gab.

Als Obama gewählt wurde, hatten einige gedacht, dass das Land mit dem Erbe der Sklaverei und der Rassentrennung abgeschlossen hätte. Heute sieht man, dass der gesamte amerikanische Staatsapparat weiterhin von Rassismus verseucht ist. Am unteren Ende mit rassistischen Polizisten, deren Auftrag es ist, das bürgerliche Gesetz und Eigentum zu verteidigen und für die das Leben eines Armen, und vor allem eines armen Schwarzen, nicht viel wert ist. Mit Richtern, die die ärmeren Schwarzen massenhaft hinter Gitter sperren. Und an der Spitze mit Männern wie Trump, der mit rassistischen Sprüchen gegen Schwarze Karriere gemacht hat.

Die derzeitige Explosion der Wut wird auch genährt von der schrecklichen Krise, die die Arbeiterklasse der USA derzeit durchlebt: 41 Millionen Arbeiter sind in den letzten drei Monaten entlassen worden. Dutzende Millionen stehen bei der Armenspeisung Schlange, während die Spekulationen an der Wall Street bereits wieder auf Hochtouren laufen wie vor der Pandemie.

Doch dass die Demonstrationen sich von Buenos Aires bis Jerusalem, von Paris bis Montreal, von Sydney bis Tokio ausgeweitet haben, zeugt auch davon, dass der Rassismus nicht nur in den USA existiert, sondern überall. Weltweit richtet sich Polizeigewalt besonders gegen jene, die nicht die ‚richtige‘ Hautfarbe oder Nationalität haben – und die überdies, wie George Floyd, den Fehler haben, arm zu sein.

Auch in Deutschland sind Zehntausende, unter ihnen viele junge Schwarze und Migranten, auf die Straße gegangen. Viele erzählten zum ersten Mal öffentlich von ganz „normalen“, alltäglichen Erlebnissen, die sie bislang stumm hingenommen hatten: Von den Polizeikontrollen, bei denen sie regelmäßig anders behandelt werden als ihre weißen, deutschen Freunde. Von der Verachtung, die ihnen immer wieder entgegenschlägt – bis hin zu offenem Rassismus, wie bei einer nigerianischen Frau, die erzählte, wie sie zur Polizei ging, um den Diebstahl ihres Portemonnaies anzuzeigen, und der der Polizist höhnisch antwortete: „Bist du beklaut worden oder hast du nicht eher geklaut?“

Neben diesem alltäglichen Rassismus gibt es die Polizei-Skandale der letzten Jahre: Die verschiedenen rechtsradikalen Terrorzellen, die aufflogen und bei denen überall entweder Polizisten oder Soldaten beteiligt waren. Die Gruppe hessischer Polizisten, die sich NSU 2.0 taufte und 2018 monatelang Familien von Rechtsanwälten mit Morddrohungen terrorisierten, weil diese Flüchtlinge und Opfer rechtsradikaler Gewalt vertraten. Die Polizisten, die ihre Sympathie für die rechtsradikalen Gruppen bekundeten, die in Chemnitz Jagd auf Migranten machten. Die verschiedenen großen polizeiinternen WhatsApp-Gruppen mit rassistischen und ausländerfeindlichen Inhalten, die aufgefloren sind: in Sachsen, Hessen, Schleswig-Holstein...

Ja, auch in Deutschland ist der Polizeiapparat geprägt von Rassismus, Verachtung und Gewalt, insbesondere ge-

gen Migranten und den ärmsten Teil der Bevölkerung. Dies kann auch nicht anders sein. Es hängt zusammen mit der gesellschaftlichen Aufgabe, die die Polizei erfüllt.

Ihre Aufgabe ist es, die bestehende Gesellschaftsordnung zu verteidigen, und die beruht auf sozialer Ungleichheit, Diskriminierung und sozialer Gewalt gegenüber den Ärmern. Die Aufgabe der Polizei ist, die Reichen vor den Armen zu schützen; die Vermieter gegen Mieter zu unterstützen, die ihre Miete nicht mehr zahlen können; die Läden voller Waren vor denen zu schützen, die sich diese Waren nicht leisten können. Weltweit ist es ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Unterdrückten die Unterdrückung ertragen, ohne aufzubegehren – notfalls mit Gewalt. Und schon allein, weil die Migranten überall den Großteil der armen und am meisten ausgebeuteten Bevölkerung ausmachen, richtet sich die staatliche Gewalt besonders gegen sie.

In der ganzen Welt regieren die Kapitalisten außerdem nach dem Prinzip „Teile und herrsche“ und nutzen dafür alle Vorurteile, um die Arbeiter untereinander zu spalten: Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit... Und in Minneapolis wie überall stützen die kapitalistischen Staaten sich auf Handlanger in ihrem Apparat, die diese Spaltungen aufrechterhalten und schüren.

Aus all diesen Gründen zieht der Polizeiapparat nicht nur die an, deren Einstellung schon vorher von Rassismus und Verachtung geprägt war. Er verändert auch viele, die jahrelang in ihm arbeiten. Es ist kein Zufall, dass unter den Mitgliedern und Funktionären der AfD überdurchschnittlich viele Polizisten und Soldaten sind.

Man kann nur hoffen, dass der in den letzten Tagen begonnene Kampf gegen Rassismus und Polizeigewalt fortgesetzt wird, dass er größer wird und dass er das Übel an der Wurzel packt: an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Essener Proteste gegen Polizeigewalt: Einen wunden Punkt getroffen

In Essen haben der CDU-Oberbürgermeister und der Polizeipräsident eine regelrechte Hetzkampagne gegen diejenigen begonnen, die in den letzten Wochen gegen Rassismus und Polizeigewalt protestiert hatten.

In den Tagen davor hatte es zwei solcher Protestkundgebungen gegeben. Am Dienstag, den 9.6., versammelten sich über 100 Beschäftigte des Essener Uniklinikums, und zwei Tage später 500 vor allem jugendliche Migranten in der Essener Innenstadt, wo mehrere Betroffene von ihren eigenen Erfahrungen mit Rassismus und Polizeigewalt berichteten. Erst durch die verschiedenen Protestaktionen kam an die Öffentlichkeit, dass gegen Essener Polizisten derzeit drei verschiedene Verfahren wegen rassistisch motivierter Polizeigewalt laufen.

Eines zum Beispiel, weil Polizisten im März eine schwarze Frau mit mehreren Sprüchen rassistisch beleidigt hatten und – als deren Söhne sich darüber empörten – mit Schlagstöcken auf diese

losgingen, was die Polizisten nicht einmal abstreiten. Auch der Tod eines jungen Deutsch-Algeriers vor einem Jahr kam zur Sprache. Die Polizisten hatten behauptet, er habe sie mit einem Messer angegriffen, und sie hätten ihn aus Notwehr erschossen.



Doch das Handy-Video eines Anwohners bewies, dass der Mann die Polizei nicht angegriffen hatte. Im Gegenteil, er war vor der Polizei in ein Haus geflüchtet und durch das Glasfenster der geschlossenen Eingangstür erschossen worden. Trotz ihrer offensichtlichen Lüge sind die Polizisten weiter im Dienst.

Mit massivem Druck versuchen der Essener Polizeiapparat und die CDU – unterstützt von der AfD – seitdem, die Protestierenden zum Schweigen zu bringen (ähnlich wie auf Bundesebene bei der SPD-Vorsitzenden Esken geschehen war, als diese von „latentem Rassismus in den Reihen der Sicherheitskräfte“ gesprochen hatte).

In einer ganzen Serie von Zeitungsartikeln, die eine ganze Woche lang die ersten Seiten des Essener Lokalteils füllten, bestreiten sie ernsthaft, dass es ein Problem mit Rassismus in der Polizei gäbe! Sie hetzen insbesondere gegen die Vertrauensleutesprecherin des Klinikums, die es gewagt hatte, bei der Protestaktion am Klinikum rassistische Gewalttaten der Polizei öffentlich zu benennen.

Einen besseren Beweis konnten sie nicht dafür liefern, wie richtig und notwendig die heutigen Proteste sind, die das Schweigen über diese Gewalt und ihre Opfer weltweit beenden.

Die Regierung sorgt für die Kapitalisten – die Arbeitenden gehen unter

Eine halbe Million Menschen haben in den letzten zwei Monaten in Deutschland ihre Arbeit verloren. Vor allem Leiharbeiter, Befristete und Arbeitende mit mehreren kleinen Jobs hat es als erste getroffen. Und nun folgen die Arbeitenden mit Festverträgen. Tausende Betriebe haben Entlassungen und Stellenabbau angekündigt. Zusammen mit all den Arbeitenden in Kurzarbeit kämpfen mehrere Millionen Arbeiterfamilien mit der Sorge, wie sie nun Miete, Raten, Rechnungen bezahlen sollen und mit der Sorge, wie es morgen für sie weitergeht.

Doch nicht etwa sie werden mit den hunderten Milliarden an öffentlichen Geldern gerettet, die die Regierung derzeit für ihre sogenannten „Rettungs-“ und Konjunkturpakete auf den Tisch legt. Nein, all diese Pakete helfen einzig den großen Unternehmern und Aktionären. Lufthansa ist das beste Beispiel: Ganze 9 Milliarden Euro gibt die Regierung dem Lufthansa-Konzern. Und gleichzeitig gibt sie dessen Vorstand grünes Licht für eine regelrechte Kriegserklärung an die Arbeitenden: Bis zu 22.000 Arbeitsplätze will dieser vernichten, und die Löhne um bis zu 20% senken.

Regierung und Medien geben sich Mühe, vor allem über die wenigen Maßnah-

men zu reden, die der einfachen Bevölkerung zu Gute kommen sollen, wie der Kinderbonus oder die kurzzeitige Senkung der Mehrwertsteuer – zumindest falls die Unternehmen diese auch wirklich an die Käufer weitergeben.

Doch der größte Teil, über 80 Milliarden Euro, geht direkt an die Unternehmer, als Steuergeschenke, Subventionen und Aufträge. Ein kleiner Teil davon kommt Kleinunternehmen zu Gute. Doch der große Batzen geht an Konzerne: an Elektronik-, Bau-, Auto-, Immobilien, Pharma-, Rüstungs-, Stromkonzerne...

In den letzten Jahren hatten fast alle diese Konzerne Rekordaufträge und Rekordgewinne. Und auch in dieser Zeit haben sie Arbeitsplätze vernichtet und Bereiche zu Niedriglöhnen ausgelagert, um ihre Gewinne noch weiter zu steigern. Genauso wird es jetzt sein: Die reichen Kapitalisten werden sich die staatlichen Milliardenhilfen in die Tasche stecken – und gleichzeitig alle Krisenverluste mit voller Wucht auf die Arbeiter abwälzen.

Mehr noch: Für all die Rettungs- und Konjunkturpakete plündert die Regierung die öffentlichen Kassen. Und das bedeutet, dass dort „kein Geld“ mehr da sein wird: kein Geld für Personal in den Schu-

len, dem Nahverkehr, den Kitas, den Altenheimen und Krankenhäusern, kein Geld für die Rente. Die 5 Milliarden Euro, die bei der Deutschen Bahn gespart werden sollen, sind nur der Anfang. Sie werden bei allem Nützlichen für die Bevölkerung sparen – überall dort, wo schon viel zu viel gespart worden ist!

Wir sollen das als „normal“, als „alternativlos“ hinnehmen. Doch warum? Es gibt keinen Grund, warum wir Arbeiter unseren Arbeitsplatz verlieren müssen.

Die Arbeiter haben in letzten Jahren gigantische Reichtümer geschaffen, die die großen Kapitalisten auf ihren Privatkonten angehäuft haben. Diese Gelder müssen in der Krise dafür genutzt werden, um die vorhandene Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen, so dass Jeder eine Arbeit und einen Lohn hat. Wer von uns Arbeitern wird sich beschweren, wenn Arbeitstempo und Arbeitszeiten endlich nicht mehr ganz so verrückt sind? Und wenn in den Kitas, Altenheimen, Bussen und Bahnen endlich wieder mehr Personal da ist?

Diese Krisenmaßnahme würde wirklich der gesamten Bevölkerung helfen – ganz im Gegensatz zu den Maßnahmen der Regierung.

Schlachthöfe: Die verbrecherische Ausbeutung geht weiter

Erneut haben sich hunderte Arbeiterinnen und Arbeiter in einem Schlachthof mit dem Coronavirus infiziert – in einer Fabrik in Rheda-Wiedenbrück mit 6.500 Arbeitenden, die dem größten deutschen Fleischkonzern Tönnies gehört. Bereits über 750 Arbeiter sind infiziert, 7.000 Menschen mussten in Quarantäne, und alle Schulen und Kitas des Landkreises wurden geschlossen.

Tönnies und mit ihm CDU-Ministerpräsident Laschet haben die Frechheit zu behaupten, schuld an dem Ausbruch seien die rumänischen und bulgarischen Arbeiter, die nach den monatelangen Grenzsicherungen endlich einmal nach Hause gefahren waren und ihre Familien besucht hatten. Sie hätten das Virus „von außen eingeschleppt“. Was für ein billiger und widerlicher Ver-

such, die Opfer auch noch zu Tätern zu machen – obwohl nach all den Corona-Massenausbrüchen in deutschen Schlachthöfen (als die Grenzen noch geschlossen waren) wirklich jeder weiß, dass die Bedingungen in den Schlachthöfen schuld an der Ausbreitung des Virus sind!

Die Luftfeuchtigkeit und die kalten Temperaturen fördern die Ansteckung, aber vor allem die extrem schlechten Arbeitsbedingungen: Tausende Menschen müssen hier unter permanentem Stress eng beieinander arbeiten, in geschlossenen Räumen, müssen sich in engen Räumen umziehen und Pause machen – und werden obendrein Großteils in Massenunterkünften zusammengepfercht.

Obwohl es bereits letzten Monat mehre-

re Corona-Massenausbrüche in deutschen Schlachthöfen gab, haben weder Tönnies noch die anderen Fleischkonzerne ernsthafte Maßnahmen ergriffen. Das würde ja ihren Profit schmälern! Weder hat Tönnies die Arbeiter sicher in Einzelzimmern untergebracht, notfalls in Hotelzimmern. Noch hat er die Zahl der pro Tag geschlachteten Schweine deutlich verringert (derzeit sind es 22.000 pro Tag!), um die Arbeit zu entzerren und so die Ansteckungsgefahren im Betrieb zu verringern.

Stattdessen hat Tönnies in diesem Großbetrieb einfach so weitergemacht wie bisher, nach dem Motto: „Wird schon gutgehen.“ Es ist nicht gutgegangen, und die Folgen bezahlen nun die Arbeiterinnen und Arbeiter, ihre Familien und der ganze Landkreis.

Kita-Öffnungen: Viel Spaß beim Basteln!

Drei Millionen Masken hatte die CDU-Landesregierung den Erzieherinnen versprochen, bevor am 8. Juni die Kitas wieder für alle Kinder geöffnet wurden. Die trafen auch einen Tag vor der Kita-Öffnung ein, aber... es waren nur Masken-Einzelteile!

Die Erzieherinnen sollten – während sie gleichzeitig wieder 20 Kinder betreuen – jede Maske einzeln zusammenbasteln. Aus Kostengründen hat die Landesregierung diese Billigvariante gewählt, frei nach dem Motto: Erzieherinnen basteln ja gerne. Die Antwort für diesen weiteren Ausdruck der Verachtung hat Ministerpräsident Laschet prompt erhalten: Auf seinem Schreibtisch landeten zahlreiche Bastel-Sets, die die Kitas ihm mit passenden Worten zurückgeschickt haben.



Strompreise: Links rein, rechts raus

Die Regierung hat in ihrem „Konjunkturpaket“ beschlossen, die Steuern auf Strom ab nächstes Jahr etwas zu senken. Eine durchschnittliche Familie spart dadurch 30 Euro im Jahr. Aber zu früh gefreut! Denn die Stromkonzerne haben ihre Preise gleichzeitig schon wieder erhöht – und zwar so viel, dass dieselbe Familie 60 Euro mehr bezahlen muss.

Was die Regierung uns also als Steuern senkt, haben uns die Bosse der Stromkonzerne gleich doppelt wieder weggenommen... um damit ihre Taschen zu füllen.

Kaufprämien-Forderung der IG Metall: Eine gefährliche Sackgasse für die Arbeiter

Nach der Veröffentlichung der Rettungs- und Konjunkturpakete haben führende IG-Metall-Funktionäre der SPD vorgeworfen, sie habe die Arbeiter verraten... weil die Bosse der Autoindustrie zu wenig staatliche Hilfen bekommen würden! Die 7,7 Milliarden Euro, die die Autoindustrie durch das Konjunkturpaket bekommt (worin unter anderem Kaufprämien für E-Autos und für LKWs enthalten sind), reichen der IG-Metall-Führung nicht. Sie verlangt zusätzlich eine Kaufprämie für Diesel- und Benzin-Autos und damit weitere Milliarden für die Autokonzerne – unter dem Vorwand, nur so könne man die Arbeitsplätze dort retten.

Als ob eine Kaufprämie die Autokonzerne und ihre Zulieferer davon abhalten würde zu entlassen! Bereits letztes Jahr,

als Gewinn und Absatz nur leicht gesunken waren, haben VW, Daimler und BMW die Vernichtung von über 60.000 Stellen angekündigt. Und bei den Zulieferern gab es viele Entlassungen und erste Werksschließungen. Das gibt eine vage Vorstellung davon, was die Arbeiter angesichts der jetzigen Krise erwartet – auch mit Kaufprämie.

Die Politik der IG Metall-Funktionäre ist extrem schädlich. Sie lenkt von dem eigentlichen Kampf ab, den die Arbeitenden führen müssen, um ihre Haut zu verteidigen – und spaltet obendrein die Arbeitenden der verschiedenen Branchen untereinander. Im Chor mit den Kapitalisten erzählt sie uns, dass es darum gehen müsse, die Automobilbranche zu retten – während es uns Arbei-

tenden darum gehen muss, nicht einen bestimmten Konzern, sondern uns Arbeiter zu retten! Sie verlangt Milliarden öffentlicher Gelder für die bereits mehr als reichen Autobosse – statt zu verlangen, dass eben diese Autobosse die Rekordgewinne der letzten Jahre herausrücken, um davon die Arbeitsplätze und Löhne aller in der Branche Beschäftigten zu erhalten und die vorhandene Arbeit unter Allen aufzuteilen.

Diese Perspektive ist die einzige Möglichkeit, wie die Arbeitenden wirklich ihre Existenz verteidigen können. Und anders als die Forderungen der IG Metall ist dies ein Kampfziel, das die Arbeitenden aller Branchen, aus Privatwirtschaft und Öffentlichem Dienst, vereint und damit stark macht.

Amazon: „Selbstständige“ Sklaven

Amazon hat im April ein neues Lager in Essen eröffnet. Doch von den gut 550 Fahrern stellt Amazon die Hälfte als „Selbstständige“ ein. Das heißt: Die Fahrer haben keinen Arbeitsvertrag und keinen Lohn, sondern fahren mit ihren Privatautos Pakete aus. Sie werden pro Paket bezahlt und bekommen obendrein noch Abzüge, wenn das Paket nicht rechtzeitig geliefert wird. Wenn ihr Auto kaputt geht – ihr Problem. Wenn weniger bestellt wird und es daher keine Pakete auszuliefern gibt – ihr Problem, dann bekommen sie keinen Cent. Die Arbeiter tragen also 100% der Kosten und 100% des Risikos. Amazon hingegen bekommt 100% des Gewinns.

Nicht nur in Essen, in allen Großstädten Deutschlands will Amazon Lager mit solchen „selbstständigen“ Fahrern aufbauen.

Schon vor Amazon gab es bei den Paketzustellern kleine Subfirmen von Subfirmen, die mit solchen Methoden gearbeitet haben. Jetzt aber werden diese Methoden direkt von einem der größten Konzerne angewendet, der weltweit auf dem Vormarsch ist. Für Amazon-Besitzer J. Bezos, einem der reichsten Kapitalisten der Welt ist das die ‚Arbeitswelt der Zukunft‘. Wenn das die Zukunft im Kapitalismus ist, kann der Kapitalismus nicht unsere Zukunft sein.



Wenn das die Zukunft im Kapitalismus ist, kann der Kapitalismus nicht unsere Zukunft sein.

Mieten: Die Profite haben Vorrang

Um 35% sind die Anträge auf Wohngeld in Essen seit März gestiegen. In vielen anderen NRW-Städten sieht es nicht besser aus. Wie sollte es auch anders sein? Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit machen es Vielen schlicht unmöglich, das Geld für die Miete aufzubringen.

Und was macht die CDU-FDP-Landesregierung? Sie schafft zum 1. Juli die Mietpreisbremse, die bislang in 37 NRW-Städten galt, in 19 dieser Städte ab – darunter in Großstädten wie Essen, Dortmund oder Aachen. In all diesen Städten können Vonovia und Co. die Mieten nun noch schneller und noch mehr erhöhen.

Ja, genau in dem Moment, wo die Krise bereits so vielen Arbeitenden den Boden unter den Füßen wegrißt, hilft die Landesregierung den Immobilienhaien, ihre Profitgier noch freier auszuleben und noch mehr Mieter in Existenzsorgen zu treiben!

Abellio fährt... nicht

Im Dezember wurden mehrere S- und Regionalbahnen des VRR (Verkehrsverbund Rhein-Ruhr) privatisiert. Seitdem fahren Abellio-Züge auf diesen Strecken – zumindest auf dem Papier. In Wahrheit fährt der RE49 seit Wochen gar nicht, mehrere S-Bahnen fahren nur noch halb so oft und auf manchen Abschnitten sogar nur Schienenersatzverkehr.

Schon bei der Deutschen Bahn ist alles auf Kante genäht. Doch die Privatbahn Abellio hat noch mehr am Personal gespart. Und so reicht es, dass mehr Fahrer als üblich krank sind – und schon fällt ihr Kartenhaus in sich zusammen.

Das Chaos bei Abellio ist nicht der erste Fall dieser Art. Trotzdem privatisiert die Regierung immer weiter. Alle müssen das bezahlen, die Beschäftigten, die Pendler. Alle, außer den privaten Bahnunternehmen: Die kassieren den Gewinn.

Seit Monaten keinen Lohn – und dann?

Zwei Bauarbeiter haben am 16. Juni einen Kran in Gelsenkirchen besetzt und gedroht, sich hinab zu stürzen, wenn sie nicht endlich ihren Lohn ausgezahlt bekommen. Seit mehreren Monaten haben sie gearbeitet und gearbeitet, aber vergeblich auf ihren Lohn gewartet. Am Ende haben sie sich nicht anders zu helfen gewusst, als mit dieser Verzweiflungstat auf ihre Notlage aufmerksam zu machen.

Erst nach sieben Stunden gaben die beiden auf und kamen vom Kran herunter – um dann zu erfahren, dass sie nun von den Behörden wegen der Kranbesetzung vors Gericht gestellt werden, wo ihnen hohe Geldstrafen drohen.

Was für eine kranke Gesellschaft, in der man nicht diejenigen vor Gericht stellt, die die Arbeiter bestehlen und in die Verzweiflung treiben... sondern deren Opfer!

BP: Lügen und entlassen

10.000 Arbeitende will der Ölkonzern BP weltweit entlassen - innerhalb der nächsten sechs Monate! In Deutschland ist wohl insbesondere der Standort in Bochum betroffen. Noch im April hatten die BP-Manager behauptet, dass man „keinen Stellenabbau“ plane und dass „wir diese schwierige Zeit solidarisch mit unseren Beschäftigten durchstehen“ wollen. Zwei Monate später sieht man, was man auf das Wort der Bosse geben kann: Jetzt wollen sie jeden siebten Arbeitenden entlassen!

„Solidarität“ gibt es weiterhin für die Aktionäre: Die bekommen sogar noch mehr Dividende als letztes Jahr.

Um die Arbeiter zu spalten, behaupten sie, dass „nur“ Arbeitende aus der Verwaltung betroffen seien. Was heißt hier „nur“? Als ob die Arbeitenden hier nicht genauso ihren Job bräuchten, um sich und ihre Familien über die Runden zu bringen! Es ist obendrein die alte, beliebte Spaltungs-Taktik, um einen Teil der Arbeiter in Sicherheit zu wiegen... bevor auch der angegriffen wird.

Das ist Gift für uns Arbeiter. Denn gegen die Solidarität der Bosse hilft uns nur die Solidarität aller Arbeiter!

Gegensätzliche Interessen

Bedeutenden Teilen der CDU reichen die bisherigen Rettungs- und Konjunkturpakete noch nicht. Sie fordern weitere „Entlastungen“ der Unternehmen in der Krise. Insbesondere verlangen sie, dass der Mindestlohn gesenkt wird. Und dass der Soli nicht nur für die einfache Bevölkerung, sondern auch für die 10% Reichsten abgeschafft werden soll – während sie gleichzeitig die Einführung der Grundrente für Arbeiter mit Niedrigrenten verhindern wollen, weil dafür angeblich „kein Geld“ da sei!

Deutlicher geht es kaum: Wenn es nach der CDU geht, sollen die Arbeitenden und die Ärmsten die Krise bezahlen, damit die Kapitalisten und Reichen sie gut überstehen. Die Interessen der Arbeitenden sind genau das Gegenteil!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

*Das Rote Tuch kann man auch abonnieren:
für 13 € pro Jahr!*